

# Der Textil-Arbeiter

**Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezug nur durch die Post. Preis das Vierteljahr 6 M., wozu noch das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Sprachredner: Amt Königsplatz, Nr. 107a.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 3 M., Arbeitsmarkt 1 M., Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm's, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 1386.

**Inhalt.** Konferenz der Arbeiterschaft der Nähfadendindustrie Deutschlands. — Nachruf an das alte und Gruß an das neue Jahr (Gebicht). — Zur Jahreswende. — Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919. — Betriebsrätebildung in Groß-Berlin. — Die Tragik des Sozialismus. — Ein beachtenswertes Gewerbeurteil. — Der Außerordentliche Internationale Gewerkschaftsfongress (II). — Der christliche Textilarbeiterverband als „stärkste“ Organisation im Textilberuf innerhalb der babilischen Arbeiterschaft. — Aus den Gewerkschaften. — Für die Betriebsräte. — Soziale Mundschau. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Anzeigen.

### Konferenz der Arbeiterschaft der Nähfadendindustrie Deutschlands.

Die schon angekündigte Konferenz findet statt: Sonntag, den 30. Januar 1921, morgens 9 Uhr, in Leipzig, Volkshaus, Zeißer Straße 32.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Branche.
2. Ist die Durchführung eines Reichstages möglich und zweckmäßig?
3. Branchenangelegenheiten.

Die Delegierten haben pünktlich zu erscheinen. Mandat und Mitgliedsbuch sind mitzubringen.

Anträge zur Konferenz bitten wir bis 20. Januar an die Zentrale einzusenden.

Logisbestellung ist an folgende Adresse rechtzeitig zu richten: Deutscher Textilarbeiterverband, Leipzig, Gerberstraße 1 III.

Der Vorstand. Prof. Feinhalz.

### Nachruf an das alte und Gruß an das neue Jahr.

Nun verankert auch du in dem Meere der Zeit, Und du bist nun begraben in Ewigkeit. Jedoch weil nun dein Auge erstarbend sich brach — Ich, wer weint dir wohl selbst eine Träne noch nach? Doch wohl niemand, der Gleichheit noch liebt und das Recht, Der nicht sein mehr will nur eines anderen Knecht, Der es aber noch ist, weil er sein es doch muß — Ja, zu seinem Ingrimm und zu seinem Verdruss.

Und es weinen deshalb von den Knechten die Herr'n Nur dir Tränen nach, heile, und jammern und plär'n: Ach, wer weiß, ob das Jahr nun, das neue, noch dulde, Daß einer noch frone, dem anderen schulde, Und ob dann nicht vielmehr — wenn die Arbeit ist frei, Sie bald allen mit Strenge gar auferlegt sei, Und nicht alle sich werden ihr widmen wohl müssen? Ja, nun ja, ach, wer kann und wer wird es denn wissen?

Doch wer heute noch front und wer heute noch Knecht, Ja, der hofft, daß die Zeit doch wohl sein wird gerecht, Daß sie damit beginne recht bald und sogar Schon im neuen, nun werdenden, kommenden Jahr. Dahin lächeln sie ihn denn auch freudiglich zu, Und sie rufen: Begrüßet sei, neues Jahr, du! Unse Hoffnung, die lange, erfülle sie doch! Und befreie uns endlich von jeglichem Joch!

P. W.

### Zur Jahreswende.

Chronos hat wiederum ein Werk vollendet; unbekümmert um alles, was geschieht — besser was nicht geschieht — hat er den Zeiger der Zeit weiter vorwärts geschoben: das Jahr 1920 gehört der Geschichte an. Die Zeit ging ungehindert ihren Lauf, sie wartet nicht auf die Tat, die der Geschichte ihren Lauf nach vorwärts und aufwärts heraus aus den Tiefen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elends, in welche uns der Krieg hinabgestoßen hat, vorzeichnen sollte. Es ist keine Tat zu buchen, die die Zeitgenossen ehrte und die das Jahr 1920 würdig in die Annalen der Geschichte eingravieren würde, auf die ein Volk mit Stolz zurückblicken könnte. Ein Zeitabschnitt liegt hinter uns, aber wir können uns dessen nicht rühmen. Das schwebende Jahr hat keine bleibende Erinnerung zurückgelassen. Es war ein Zeitabschnitt des weiteren Verfalls der kapitalistischen Kultur. Es hat der Zerlegung und dem Verfall der volkswirtschaftlichen Kräfte gedient. Die demokratisierten kapitalistischen Kräfte konnten sich weiter auswirken; dort, wo sie beengt waren, wurden die Fesseln gelöst, so daß sie die schlimmsten Orgien auf Kosten des Volkes feiern konnten. Die Not des Volkes, die in dem Jahr 1920 immer höher gestiegen ist, haben sie in gleichendes Gold umzumünzen ver-

standen. Derweil hat der Zerlegungsprozess den kapitalistischen Wirtschaftskörper überall gepackt; Korruptionsercheinungen aller Art legen hierfür ein unerschütterliches Zeugnis ab. Die Fäulnis der kapitalistischen Gesellschaft sinkt zum Himmel.

Diesen Weg aber weiter schreiten, hieße das Schicksal jener Kulturvölker des Altertums zu teilen, deren hohen Kulturstand wir heute noch an ihren uns hinterlassenen Werken bewundern. Sie sind aber später aus der Geschichte der Menschheit ausgeschieden. Würden auch wir das tun, es wäre dies der Untergang unseres Volkes. Das Volk vor dem drohenden Untergang zu retten, muß aber die oberste Pflicht aller Zeitgenossen sein. Doch es kann nur geschehen, wenn wir an die Stelle der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie den Sozialismus setzen!

Die Arbeiterschaft hat leider in den letzten Jahren auf die Gestaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse so gut wie keinen Einfluß ausgeübt. Sie hat ihre Kräfte in der gegenseitigen Bekämpfung verbraucht. Unter diesen heftigen Bruderkämpfen konnte sich die Konterrevolution wieder sammeln und die Staatsgewalt an sich reißen und diese in den Dienst des Kapitalismus stellen. Daß die alten Mächte wieder hoch kommen konnten, ist die Schuld der Arbeiterschaft selbst. Daß sie sich wieder als Herren der Situation fühlen, davon zeugt eine nennliche Rede des bayerischen Bauernführers Dr. Heim. Dr. Heim sagte in seiner Rede zu „Aufbau und Schaffung normaler Zustände in Deutschland“, der Aktundentag müsse ein Ende nehmen, das Streikverbot zu verbieten, Faulenzern müsse man die Peitsche geben, dann werde es besser. Allen Sozialisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft sagte er heftige Fehde an, indem er die Diktatur der Risigabel mit folgenden Bemerkungen verherrlichte:

„Weg von der Bauernhütte, von den deutschen Feldern, wir werden sonst zeigen, daß wir auch etwas anderes durchsetzen können, außerhalb des Parlaments. Wir müssen ein geschlossenes Bauernregiment herstellen, wie auch in Oesterreich, Spanien, Bulgarien allenthalben sich der Bauer jetzt rührt in der Erkenntnis, daß er der entscheidende Faktor sei.“

Diese „Staatsretter“ werden in dem ihnen geeigneten Augenblick alles zertrümmern, was ihrer unbeschränkten Herrschaft im Wege steht. Sie werden zertrümmern auch alle sozialen und staatlichen Einrichtungen, die ihrem Machtbegehren hinderlich sind: Arbeiterschutz, Wahlrecht, republikanische Staatsform.

Sie dürfen es wagen, den Siegern vom 9. November ins Gesicht zu schandern: „Die Peitsche ist bereit für Euch.“

Das ist die Folge des Bruderkampfes innerhalb der Arbeiterklasse.

Die Vertreter des Kapitals sind von der Defensiv-, in welche sie durch die Revolution gedrängt worden waren, zur Offensiv- übergegangen und sind drauf und dran, die Republik zu beseitigen und die Monarchie wieder aufzurichten, weil sie in derselben die festeste Stütze der kapitalistischen Wirtschaft erblicken. Monarchie und sozialistische Wirtschaft sind Begriffe, die nebeneinander nicht bestehen können. Man hat es ihnen aber auch allzu leicht gemacht, indem man ihnen den Staatsapparat auslieferte. Eingeschworenen Monarchisten wurde als Sachwalter der Republik die Ausübung der öffentlichen Gewalt in die Hände gelegt. Sie handelten im Interesse der Wiederaufrichtung der Monarchie und hohnlachen über die Verfassung der Republik.

Die Werkzeuge der Konterrevolution haben sich der öffentlichen Einrichtungen so gut es ging bemächtigt. Sie stellten sich zur Revolution auf den Boden der gegebenen Tatsachen, damit sie ihre Kemter behielten, um in denselben die Beseitigung der Republik zu betreiben.

Der Stapp-Butsch ist aus diesen Ursachen heraus entstanden. Man sage uns nicht, daß er das Produkt von unpolitischen Offizieren war. Hinter den rebellierenden Offizieren standen die Parteien der Monarchisten. Die weitere Entwicklung hat dies offenkundig gezeigt.

Die Konterrevolutionäre haben alle Vorbereitungen getroffen; sie haben sich Organisationen geschaffen, deren Ziel ist, mit Gewalt die republikanische Verfassung zu beseitigen. Das Kapital unterstützt diese Organisationen mit reichlichen Mitteln. Durch Offiziere der Reichswehr steht die Orgel mit der Reichswehr in direkter Verbindung. Die Reichswehr ist unter der Führung des Herrn v. Seeckt unter den Augen der Regierung zu einem konterrevolutionären Instrument gemacht worden.

Die Justiz, die die Verfassung schützen soll, hat alle Schen fallen gelassen und erweist sich als treueste Stütze der Konterrevolution. Wie wäre es sonst möglich, daß die Morde an Liebknecht, Luxemburg, Juchacz, den 32. Matrosen in der Jägerstrasse und vielen anderen ungeführt blieben. Arbeiter, die die Verfassung schützten, wanderten ins Gefängnis. Staatsstreicher dagegen wurden außer Verfolgung gesetzt. Mein-eidige Offiziere werden amnestiert. Von einer Rechtspflege kann nicht gesprochen werden. Die Justiz ist zu einem Werkzeug der konterrevolutionären Mächte geworden.

Die gesamte bürgerliche Gesellschaft hat alles darauf eingestellt, ihre alte Herrschaft wieder aufzurichten. Alle Organe der Staatsgewalt stehen ihr zur Seite.

Wenn wir in das neue Jahr hinüberschreiten, so nehmen wir das Gefühl mit uns, daß es uns schwere Kämpfe um die Erhaltung der Republik bringen wird. Diese Kämpfe kann die Arbeiterschaft nur bestehen, wenn sie eine geschlossene Kampffront bildet. Diese geeinte Kampffront herzustellen, muß die Aufgabe aller derer sein, die es mit der Arbeiterschaft ehrlich meinen. Die Gegensätze, die innerhalb der Arbeiterschaft bestehen, können wir nicht ausgleichen, aber wir können uns in der gemeinsamen Abwehr und in dem Kampf um ein gleiches nächstliegendes Ziel zusammenfinden. Als nächstes Kampfziel muß die Arbeiterschaft die Erfüllung der 8 Einigungs-punkte aus den Märztagen 1920 von der Regierung fordern. Nur in der Erfüllung der 8 Punkte ist die Gewähr für den Bestand der Verfassung gegeben. Ferner müssen wir uns in gemeinsamer Front zusammenfinden in dem Kampf um die Sozialisierung. „Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehen.“ Die Erfüllung dieser Forderungen verlangen wir vom neuen Jahr. Wollen wir nicht mehr tatenlos zusehen, sondern die Arbeiterschaft zum Kampfe aufrufen, damit endlich die Tat an die Stelle des Wortes tritt. Der gemeinsame Kampf wird die Arbeiterschaft einigen. Nur durch die entschlossene Tat können wir dem Lauf der Geschichte eine andere Richtung, ein anderes Ziel geben.

Wichtig ist dabei, daß die Gewerkschaftsorganisationen intakt bleiben, damit sie den kommenden Kämpfen sich gewachsen zeigen. Die Gewerkschaften bilden heute die geschlossene Einheit der Arbeiterschaft gegen die reaktionären Mächte. In den Gewerkschaften verkörpert sich die gesamte Macht des Proletariats. Sorgen wir deshalb für den weiteren Ausbau. Bei den Kämpfen der Gegenwart geht es um mehr als um einige Groschen Lohnerhöhung; es geht um die Beseitigung der kapitalistischen Produktion für die sozialistische Wirtschaft. Diese Kampfparole muß in die Köpfe der Arbeiter hineingehämmert werden.

Wenn uns das schwebende Jahr so manche Enttäuschung gebracht hat, so ist dies kein Grund zum Verzweifeln. Die Arbeiterschaft hat immer, auch aus jeder Niederlage, neue Kraft gewonnen, um sich durchzusetzen. Die Entwicklung geht mit uns und arbeitet für uns; aus ihr ziehen wir die unbesiegbare Kraft, die uns über alle Widerstände hinwegschreiten läßt. Gehen wir deshalb frohgemut und kampfbereit in das neue Jahr hinein, unbekümmert um die Stürme, die da kommen müssen. Nur die kampfbereite und kampfesfrohe Schar wird den Sieg erringen. Das neue Jahr soll uns den Sieg bringen! Trotz allem Leid und Elend, das die Arbeiterschaft umgibt, begrüßen wir es freudig.

Profit Neujahr!

### Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919.

Die Hochflut von Lohnbewegungen, die sich nach Ausbruch der Revolution über Deutschland ergoß, hat zu der Kränkung des öfter angewandten Satzes geführt: Die Revolution sei in eine allgemeine Lohnbewegung ausgelassen. Wenn damit ausgedrückt werden sollte, daß für die Arbeiterschaft weniger die ideellen Errungenschaften der Revolution als vielmehr das Streben nach materieller Besserung der Lebenslage, also egoistische Ziele, in Frage kamen, so kann eine solche Reingehämmung der nach der Revolution eingeleiteten Sturm- und Drangperiode nicht als stichhaltig angesehen werden. Letzten Endes waren es doch tief in dem Wirtschaftsleben wurzelnde Ursachen, welche die Arbeiterschaft dazu trieben, eine höhere Entlohnung anzustreben. Schon vor Beendigung des Krieges befand sich die deutsche Arbeiterschaft in einer gegen die Vorkriegszeit erheblich verschlechterten Lebenslage. Nach einer kurzen vorübergehenden Senkung der Warenpreise kam es dann im Laufe des Jahres 1919 zu einer unaufhaltsamen, sprunghaften Steigerung der Kosten der gesamten Lebenshaltung, die eine unbeschreibliche Verelendung der Volksmassen zur Folge gehabt hätte, wenn dieser Aufwärtsbewegung der Preise nicht in dem gleichen aufstiegsigen Tempo die Erhöhung des Lohnverhältnisses gefolgt wäre. Bedingt von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sind die wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft im

Jahre 1919 zu betrachten. Es ist für sie besonders kennzeichnend, daß sie sich in den gleichen Berufen und Betrieben in rascher Aufeinanderfolge im Laufe des Jahres mehrfach wiederholten und sehr häufig sich nicht in dem Rahmen der sonst angebotenen gewerkschaftlichen Taktik vollzogen.

Das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes\* veröffentlicht in der Nr. 51 in einer besonderen Beilage eine Uebersicht über Zahl, Umfang und Erfolg der 1919 vorgetragenen Bewegungen, soweit sie von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbänden geführt wurden und von der Statistik erfasst werden konnten.

An der Statistik sind 32 Zentralverbände beteiligt. Diese hatten im Jahre 1919 zusammen 26 433 Bewegungen, die sich auf 42 249 Orte, 349 166 Betriebe mit 7 986 515 darin beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen waren beteiligt 7 435 709 Personen, darunter 1 442 115 weibliche gleich 19,4 v. H. der Gesamtzahl. Der Anteil der weiblichen Beteiligten ist gegen das Vorjahr um 9,6 v. H. zurückgegangen. Diese Verminderung des weiblichen Anteils ist eine Folge der nach Beendigung des Krieges wieder eingetretenen stärkeren Beschäftigung männlicher Arbeitskräfte. Gegenüber dem Jahre 1918 ergibt sich ein Mehr von 15 574 Bewegungen und 4 996 052 Beteiligten. Von den gesamten Bewegungen nahmen 22 769 gleich 86,1 v. H. mit 6 671 249 Beteiligten gleich 89,7 v. H. der Gesamtzahl einen friedlichen Verlauf und 3664 gleich 15,9 v. H. führten zu Arbeitseinstellungen, von denen 764 460 Personen, darunter 103 363 weibliche, betroffen wurden. Bis auf wenige Fälle waren alle ohne ArbeitsEinstellung beurlaubten Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zur Erreichung von Lohnerhöhungen unternommen. Nur bei 237 Bewegungen mit 13 095 Beteiligten handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Von den 3364 Bewegungen, die zu ArbeitsEinstellungen führten, waren der überwiegende Teil, und zwar 3378 mit 636 665 Beteiligten, Angriffstreiks. In 2899 Fällen lagen ihnen Lohnforderungen, in 300 Fällen Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit und in 33 Fällen nur die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde; 146 Streiks entstanden aus sonstigen Ursachen. Daß die zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geführten Streiks nur eine geringe Minderheit ausmachten, ist auf die gefestigte Einstellung des Arbeitstages zurückzuführen, wodurch ein altes Kampfsziel der Gewerkschaften erreicht wurde. Abwehrstreiks fanden 226 statt, an denen 59 787 Personen beteiligt waren. In 83 Fällen wurden sie durch Maßregelungen und in 60 Fällen durch Lohnreduzierungen verursacht. In 13 weiteren Fällen wurde gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und in zwei Fällen gegen den verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft. Aus sonstigen Ursachen entwickelten sich 68 Streiks. Aussperrungen wurden von den Unternehmern in 60 Fällen unternommen, die 68 008 Personen, darunter 23 747 weibliche, in Mitleidenschaft zogen. In 31 Fällen waren Forderungen der Arbeiter, in 13 Fällen die Nichtannahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks die Veranlassung zu den Aussperrungen. In weiteren, 7 Fällen handelte es sich um andere Ursachen.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen verursachte den beteiligten Zentralverbänden eine Gesamtausgabe von 88 882 375 Mark. Davon kommen auf die Arbeitskämpfe 37 142 771 Mark. Die Angriffstreiks erforderten 34 819 528 Mark, die Abwehrstreiks 836 044 Mark und die Aussperrungen 1 137 109 Mark.

Das Jahr 1919 steht mit seinen wirtschaftlichen Bewegungen abseits der Regel, daß ihr Erfolg in erster Linie bedingt ist durch die allgemeine ökonomische Lage. Diese war der erfolgreichen Durchführung von Bewegungen so ungünstig wie nur irgend möglich. Die Wirtschaftslage während des Jahres war eine unangenehme Stillelegung der Produktion, die größtenteils durch den langdauernden Kriegszustand auf die Verdrängung der Kriegsbedürfnisse eingestellt war, herbei. Die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft war erschwert durch den Mangel an Rohmaterialien, und die aus dem Felde zurückkehrenden Massen vermehrten das Heer der Arbeitslosen ins Ungemessene. Wenn trotzdem durch die Bewegungen Erfolge in einem noch nie dagewesenen Umfang und einer beispiellosen Höhe erzielt wurden, so ist dieses besonderen Maßfaktoren und treibenden Kräften zuzuschreiben. Es waren die Bewegungen Massenbewegungen in des Wortes vollster Bedeutung. Die Unternehmer wagten es nicht, diesem Massenstrom schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Unverkennbar war auch das Entgegenkommen der Unternehmer von dem Gedanken getragen, die beschränkte Aufbaumöglichkeit der Wirtschaft in Deutschland nicht durch schwere Arbeitskämpfe vollends zu zerstören. Sicher war die Tätigkeit der aus der Kriegszeit übernommenen Schlichtungsinstanzen, die durch aus zugunsten der Arbeiterschaft wirkten, nach dieser Richtung eingestellt.

Die Zusammenfassung der Erfolge aller Bewegungen stellt sich folgendermaßen dar: Es emboten 21 591 = 81,7 v. H. (1918: 79,9) erfolgreich und 4418 = 16,7 v. H. (19,5) teilweise erfolgreich. Es waren beteiligt an den erfolgreichen Bewegungen 5 593 131 Personen = 75,2 v. H. (82,9) und an den teilweise erfolgreichen Bewegungen 1 681 822 Personen = 22,6 v. H. (36,2). Erfolglos blieben 171 Bewegungen mit 19 147 Beteiligten. In 243 Fällen mit 139 279 Beteiligten wurde der Ausgang nicht bekannt und 25 Bewegungen (Streiks) mit 2330 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Der Vergleich der Zahlen mit denen des Vorjahres zeigt, daß der Anteil der erfolgreichen Bewegungen höher, dagegen der der teilweise erfolgreich verlaufenen geringer ist als 1918. Die Zahl der ohne Erfolg gebliebenen Bewegungen war gleich wie im Vorjahre unbedeutend. Die relativ hohe Zahl der Bewegungen, deren Ausgang unbekannt blieb, erklärt sich aus der mangelhaften Berichterstattung. Bei den Bewegungen ohne ArbeitsEinstellung sind die Erfolgszahlen günstiger als bei allen Bewegungen zusammengekommen, die beeinflusst werden durch die etwas geringeren Erfolge der Streiks. Es endeten von den friedlich verlaufenen Bewegungen 18 900 = 83 v. H. mit 5 201 786 Beteiligten = 78 v. H. erfolgreich und 3354 Bewegungen = 16,9 v. H. mit 1 358 748 Beteiligten = 20,4 v. H. teilweise erfolgreich. Der Ausgang der Streiks war in 2660 Fällen = 74,3 v. H. mit 381 933 Beteiligten = 55 v. H. erfolgreich und in 538 Fällen = 15 v. H. mit 280 134 Beteiligten = 40,4 v. H. teilweise erfolgreich. Von den Angriffstreiks blieb der Ausgang in 234 Fällen unbekannt. Auch über den Ausgang von 5 Aussperrungen, von denen 13 387 Personen betroffen wurden, liegen keine Angaben vor. Soweit über die Aussperrungen berichtet wurde, endeten 31 mit 9412 daran beteiligten Personen mit einem völligen Mißerfolge der Unternehmer, 21 mit 42 940 Beteiligten weisen einen teilweisen Erfolg auf und nur in 3 Fällen hatten die Unternehmer mit diesem Kampfmittel einen vollen Erfolg.

Es wurden durch die Bewegungen für insgesamt 7 257 036 Personen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Es erreichten 797 825 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 6 129 465 Stunden, 6 470 960 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 144 387 487 Mark, die Woche und 4 761 819 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Im Durchschnitt kommt auf jede Person eine Arbeitszeitverkürzung von 7/8 Stunden und eine Lohnerhöhung von 22,31 Mark die Woche. Gegenüber dem gewaltigen Maß an Erreichten fällt das, was durch die Bewegungen außerdem an Verschlechterungen abgewehrt wurde, kaum ins Gewicht. Es wurden abgewehrt für 887 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3851 Stunden und für 17 984 Personen eine Lohnkürzung von 264 657 Mark die Woche. Maßregelungen von Personen wurden in 119 Fällen, verlangter Austritt aus der Organisation in 4 Fällen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 183 Fällen für 17 680 Personen abgewiesen.

In 11 501 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Abschlüssen von Tarifverträgen, die für 4 600 879 Personen Geltung hatten.

Bei der Beurteilung der zahlenmäßig nachgewiesenen Erfolge muß man sich vergegenwärtigen, daß Arbeitszeitverkürzungen und Lohnerhöhungen 1919 in noch viel größerem Umfang erfolgten, als die Darstellung ergibt. 20 Verbände mit zusammen 1 1/2 Millionen Mitgliedern sind in der Statistik nicht vertreten, darunter auch solche, die wichtige Berufsgruppen betreffen, wie die Verbände der Angestellten, Bergarbeiter, Buchdrucker, Eisenbahner und Landarbeiter. Auch die zahlenmäßigen Nachweise der an der Statistik beteiligten Verbände leiden daran, daß den Vorständen häufig durch die Ortsgruppen über Bewegungen nicht berichtet wurde.

Im Interesse der Wissenschaft ist es ungemein bedauerlich, daß die Ergebnisse der wirtschaftlichen Massenbewegung des Proletariats nicht völlig zu erfassen waren. Wegen der ganz besonderen zeitgeschichtlichen Umstände, wie sie das Jahr 1919 kennzeichnen, wird dieses jedenfalls in der Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse für immer eine überragende Stellung einnehmen. Möglich, daß die Resultate der im Jahre 1920 erfolgten Bewegungen sich noch denen des Berichtsjahres nähern. Doch schon mehrten sich die Anzeichen, daß die weitere Aufwärtsbewegung der Lohnsätze auf größere Widerstände stößt, die nun zu überwinden sind. Es bricht die Zeit an, wo die Gewerkschaften gewappnet sein müssen zu schweren Kämpfen gegen das Unternehmertum, die nur mit Erfolg zu führen sind in einer festgeschlossenen Einheitsfront aller Kopf- und Handarbeiter.

### Betriebsräteschulung in Groß-Berlin.

Mit Beginn des Jahres wird die bereits seit Dezember 1918 bestehende Rätechule der Groß-Berliner Arbeiterschaft von der im Aufbau befindlichen Betriebsrätezentrale der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgebung und des Ortsrats der IFA übernommen. Damit ist ihr die breite finanzielle Basis gegeben, ihre Arbeit in einem Maße ausdehnen zu können, das der Zahl der in Berlin gewählten Betriebsräte gemäß ist. Solange die Rätechule sich selbst finanzieren mußte, waren ihrer Ausdehnung naturgemäß enge Grenzen gezogen. Die Uebernahme durch die im September gebildete vereinte Betriebsrätezentrale kam für die Schule nicht zur praktischen Auswirkung. Jetzt scheint der Augenblick gekommen zu sein, von dem ab der Weiterentwicklung der Rätechule der Boden bereitet ist.

Aus diesem Grunde sollen in den nachfolgenden Zeilen die Grundsätze noch einmal dargestellt werden, auf die sich die Stoffauswahl, die Methodik und die politische Haltung der Schule gründet.

Entsprechend den Aufgaben, die die Betriebsräte auf Grund des Betriebsrätegesetzes haben, viel mehr aber noch nach dem ungeschriebenen Recht des Rätegedankens, desjenigen, das noch in harten Ringen mit dem Unternehmertum erkämpft werden muß, soll sich die Auswahl der in den Rätechulen zu behandelnden Unterrichtsfächer auf solche beschränken, aus denen sich der Betriebsrat die Waffen für seinen Kampf schmieden kann. Dieser Kampf dreht sich um den Einfluß auf die kapitalistische Produktion, um weitgehende Kontrollrechte der Arbeiterschaft und letzten Endes um die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt, also um den Aufbau einer sozialistischen Gemeinwirtschaft.

Und hierin unterscheidet sich der Gesamtanliegen, dessen, was wir mit „Rätebildung“ bezeichnen, von dem bisherigen Bildungswesen der sozialistischen Parteien und Arbeiterbildungsschulen. Es kommt für die Betriebsräte nicht so sehr darauf an, sich kritisch an der Betrachtung der politischen Auswirkung der kapitalistischen Gesellschaft, dem bürgerlichen Staate, zu schulen, wie es die erwähnten Parteibildungsanstalten früher taten, also rein kritisches — negatives — Wissen zu erwerben, als darauf, sich ein positives sozialistisches Können zu erwerben, damit sie ihren Aufgaben jetzt und in der Zeit der bewußten Sozialisierung voll gerecht werden können.

Die Aufgaben der Betriebsräte liegen auf wirtschaftlichem Gebiete. Sie gehen weit über das durch das Betriebsrätegesetz gezogene Ganze hinaus. Betriebsräte sind nicht nur Beratungskörper der Belegschaft gegenüber dem Unternehmer. Sie sollen mehr sein. Sie sollen ihre Arbeitskollegen schützen vor den Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie so gut es geht, indem sie den Unternehmer zwingen, auch unter Verzicht auf Profit weiterarbeiten zu lassen. Sie sollen dem Unternehmer auf die Finger zeigen, damit er die Wirkungen der Anarchie nicht auch noch durch bewußte Sabotage verstärkt. Darüber hinaus aber gilt es sich vorzubereiten auf den wirtschaftlichen Umstellungsprozeß, sich Einblick zu verschaffen in das Sozialisierungsproblem und Verständnis und kritisches Vermögen ihm und den vorhandenen Vorschlägen gegenüber zu gewinnen.

Abgeleitet aus diesen Gedankengängen muß der Lehrplan einer Rätechule mindestens folgende Kurse enthalten:

#### Kursreihe A.

##### Kapitalistische Wirtschaftskunde.

Kursus I. Wesen und Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Mehrwertproduktion. Akkumulation des Kapitals. Unternehmertum. Kartelle und Trusts. Manufaktur und Maschinenproduktion. Wirtschaftskrisen. Wirkung der kapitalistischen Wirtschaft. Kursus II. Die Organisation des modernen Fabrikbetriebes. Organisation des Betriebes im allgemeinen, Anfallungsweisen und Selbstkostenberechnung. Grundrissliches der Betriebsbuchhaltung in ihrem Zusammenhang mit der Geschäftsbuchhaltung.

Kursus III. Die finanzielle Kontrolle der Unternehmung. Das Wesentliche der Buchhaltungskontrolle, sowie insbesondere der Revisions- und Bilanzkontrolle, Durchleuchtung vom Standpunkt der marxistischen Wertwerttheorie und ihrer Konsequenzen. Gewinn- und Mehrwertlohn.

Kursus IV. Die Praxis des Geldwesens. Das Bankwesen, die Geld- und Warenaufzirkulation. G.-B.-G. Die Praxis des Geldverkehrs.

Kursus V. Die Pflichten und Rechte der Betriebsräte. Kommentierung des Betriebsrätegesetzes an Hand der Spruchpraxis. Der Aufgabenkreis der Betriebsräte.

Kursus VI. Die sozialpolitische Gesetzgebung.

#### Kursreihe B.

##### Sozialistische Wirtschaftskunde.

Kursus I. Die wissenschaftlichen Grundlagen des Marxismus. Kursus II. Sozialistische Wirtschaftsorganisation. Das Sozialisierungsproblem vom Standpunkt des wissenschaftlichen Marxismus. Einführung in die neueren Sozialisierungstheorien — Otto Bauer — Hilferding — Kautsky — Korsch — Oppenheimer — Wallod — Wissell — Neuwath u. a. Die praktischen Erfahrungen der russischen Sozialisierung. Wesen und Bedeutung des Räte-Systems. Planwirtschaft. Wirtschaftsaufbau.

Kursus III. Sozialistische Betriebskunde. Die Grundsätze der sozialistischen Wirtschaftsverwaltung. Der Rechnungsapparat. Der Regulierungsorganismus. Der Produktionsapparat.

Kursus IV. Wirtschaftsgeographie. Die geographischen Gegebenheiten der sozialistischen Weltwirtschaft. Rohstoffvorkommen usw.

Zunehmend noch andere Unterrichtsfächer diesen Reihen hinzuzufügen sind, z. B. Elementarlehre in deutschsprachlicher Beziehung, Rechnen usw., ist je nach der Vorbildung der Hörer zu entscheiden.

Die Unterrichtsmethode legt weniger Wert auf die Vermittlung von bestimmten Wissensquantitäten, als darauf, in gemeinschaftlicher Arbeit von Hörer und Lehrer einen typischen Auschnitt des Gesamtstoffes des Unterrichtsgegenstandes gründlich durchzuführen. Der Rätechüler soll vor allem die Fähigkeit erwerben,

selbständig geistig zu arbeiten, zu denken, Probleme anzuschneiden, eine Stellungnahme zu den aus der Praxis an ihn herangetretenen Dingen zu gewinnen. In der eigentlichen Kursusarbeit wird also im Vordergrund stehen eine umfangreiche geistig-mechanische Schulung. Den vollen Umfang des Stoffgebietes bietet das Lehrbuch dar. Rätelehrbücher sind leider bisher nur in geringem Umfang erschienen. Deshalb muß leider oft auf wissenschaftliche Werke zurückgegriffen werden, die entweder von durchaus kapitalistischem Standpunkt aus oder so fachwissenschaftlich gehalten sind, daß man sie dem Hörer nicht ohne kritische Würdigung oder Erläuterung in die Hand geben kann. Bisher hat erst ein Berliner Verlag brauchbare sozialistische Lehrbücher für den Räteunterricht geschaffen.\*

Die Behandlung des Stoffes soll immer anknüpfen an die den Schüler interessierenden Dinge der Wirtschaft- und Betriebspraxis. Im Betriebe knüpfen die Dinge, die der Arbeiterschaft auf den Fingern brennen. Von hier aus muß der Blick gerichtet werden auf die großen volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und das wirtschaftliche Weltbild, auf die Pläne und Ziele der Wirtschaftsumwälzung usw.

Die Form des Unterrichts kann nach dem, was bisher über die Methode gesagt wurde, nur die Arbeitsgemeinschaft sein. Es darf nicht im Belieben des Hörers stehen, nicht allein von seinen Fähigkeiten und seiner Vorbildung abhängig sein, was er aus dem Unterricht sich aneignet und was an ihm vorbeigeht. Die Arbeitsgemeinschaft, der keine, höchstens 25 Teilnehmer umschließende Kreis gibt dem Lehrer die Möglichkeit, sich ständig über die Fortschritte jedes einzelnen seiner Schüler zu unterrichten. Sie knüpft auch nach den ersten Stunden ein enges Band des Bekanntheits, der Vertrautheit um Studierende und Lernende. Damit fällt die Schwänke der Autorität des Lehrers. Nicht einseitiges Darbieten von Wissen, sondern gemeinschaftliches Durcharbeiten des Stoffes, das ist es, was die Arbeitsgemeinschaft vom Vortragskursus unterscheidet. Jedoch ist im Rahmen der Veranstaltung der Berliner Rätechule auch die regelmäßige Abhaltung solcher Vortragskurse vorgesehen, damit auch weitere Kreise, denen die Zeit zum intensiven Studium fehlt, Gelegenheit haben, sich über die großen wirtschaftlichen Probleme und ihre Würdigung vom marxistischen Standpunkte aus zu informieren, vor allem aber, um aus diesen Vortragskursen geeignete Teilnehmer für die engeren Arbeitsgemeinschaften gewinnen zu können. Diese bleiben aber immer der Kern und die eigentliche Form des Räteunterrichtes. Er muß intensiv und mit aller Energie in Angriff genommen werden. Die Rätechule soll nicht Dekoration der neuen freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale sein, sondern ein ernstes und brauchbares Hilfsmittel für den Kampf der Betriebsräte, ihre Betriebsakademie.

Die Grundsätze für die Stoffauswahl und Lehrmethode sind auch bestimmend für die politische Haltung der Rätechule. Sie ist eine Klassenkampfeinrichtung. Sie legt die Anschauungen des konsequenten Marxismus ihrer Arbeit zugrunde. Sie ist also eine sozialistische Schule. Aber keine Parteischule. Damit soll kein Werturteil über diese Schulhaltung gefällt sein. Auch Parteischulen sind wichtig und notwendig. Aber sie verfolgen andere Zwecke. Sie müssen dazu dienen, die Mitglieder der Partei mit dem Ideengang derselben vertraut zu machen, sie parteitaktisch zu schulen und Agitatoren auszubilden. Daß die Rätechule keines dieser Unterrichtsziele haben kann, liegt klar auf der Hand. Der Behauptung, vor allem aber ihre Unterrichtsmethode schließe sowohl eine Behandlung des Stoffes, als auch eine Beeinflussung der Hörer im Sinne einer der politischen Parteien des Proletariats aus. Die Schule kann, ihrem Wesen nach, nicht eingreifen in den Richtungsstreit der sozialistischen Parteien. In diesem Sinne ist sie ein neutrales Arbeitsgebiet und eine gemeinschaftliche Vorbereitungsanstalt für alle Betriebsräte — gleichgültig, zu welcher sozialistischen Partei sie sich rechnen — zum Kampf gegen das noch immer mächtige Unternehmertum und gegen die kapitalistische Wirtschaftsanarchie, Vorbereitungsanstalt für den Aufbau der sozialistischen Produktion und die zukünftige Verantwortung für die sozialistische Produktion als deren Träger. Das sind die Richtlinien, nach denen die Rätechule bisher gearbeitet hat und nach denen sie auch in Zukunft als die Rätechule der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale weiter arbeiten wird. Sie wird ihren Apparat ausbauen und in Groß-Berlin in der Nähe der Produktionszentren mehrere Arbeitsstätten einrichten. Sie soll endlich den Umfang erreichen, den sie braucht, um wirklich eine nennenswerte Zahl der Betriebsräte durchzuschulen und nicht als Tropfen auf einem heißen Stein zu verbleiben. Sie soll weiterhin, was im letzten Unterrichtssemester nicht vorhanden war, eine Schülerorganisation erhalten, damit auch den Hörern Einfluß auf die Leitung und Richtung der Schule gesichert wird.

Es liegt nunmehr an den Groß-Berliner Betriebsräten, gleichgültig ob sie aus Angestelltenkreisen oder Arbeiterkreisen gewählt worden sind, die dargebotene Möglichkeit der wirtschaftlichen Schulung zu ergreifen, um ihre Kenntnisse im Interesse der Rätebewegung zu verwerthen.

### Die Tragik des Sozialismus.

In einer in diesen Tagen in Wien erschienenen Schrift: „Der Kampf der geistigen Arbeiter“, in der sich Genosse Dr. Max Adler mit Problemen des Kapitalismus und des Sozialismus unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und kulturellen Notlage der geistigen Arbeiter auseinandersetzt, kommt er auch auf die allgemein feststellbare Enttäuschung zu sprechen, die der Sozialismus seit der Revolution in Deutschland, Österreich und Rußland hervorgerufen hat. Adler begründet dies mit der tragischen Lage, in die der Sozialismus geraten ist und schreibt:

„Aber was hat es denn mit dieser „Enttäuschung“ eigentlich für eine Bewandnis? Die Arbeiter haben nämlich verstehen gelernt, worin das begründet ist, was man die Enttäuschung am Sozialismus genannt hat. Es wäre hoch an der Zeit, wenn auch die Gebildeten sich diese Erkenntnis zu eigen machen und, statt fortwährend von einem Verjagen des Sozialismus zu reden, die ungeheure Tragik einsehen möchten, die den Sozialismus in eine Lage gebracht hat, in der er nicht so zu wirken vermag, wie es seinen Ideen entspricht. Der Kapitalismus hat sein Haus angezündet und wirft nun dem Sozialismus vor, daß man auf der Brandstätte nicht wohnen kann. Es ist schon oft dargelegt worden, aber es scheint, gewisse Wahrheiten müssen auch den geistigen Arbeitern immer wieder neu eingeschärft werden, um der Verheerung der Gehirn durch die gedankenlose Kritik der Gegner des Sozialismus entgegenzuwirken: die Tragik des Sozialismus liegt darin, daß er, der ein System der Verteilung des Reichtums der Gesellschaft ist, in einem Zeitpunkt ihrer größten Verarmung zu Macht und Einfluß gekommen ist.“

Was unterscheidet den Sozialismus, wie Marx und Engels ihn uns verlehrt gelernt haben, vom Kapitalismus? Daß wir erkannt haben, wie seine Verwahrlichung durch die Entwicklungstheorie des Kapitalismus möglich geworden ist, weil die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit soweit geblieben war, daß nunmehr erst die ausreichende Versorgung eines jeden einzelnen zu Bewerkstelligen war. Das bloße Ideal der gerechten Verteilung und Sicherung der Existenz eines jeden gab es schon Jahrhunderte früher, die ökonomische Möglichkeit ihrer Verwirklichung hat erst der gesellschaftliche Reichtum der entwickelten kapitalistischen Produktionskräfte geschaffen. Nun aber hat der Krieg diesen ganzen Reichtum vernichtet und die Produktivkräfte zerstört. So ist dem Sozialismus die widersinnige Rolle zugefallen, nicht als ein Spender, allgemeinen

\* 1. Wirtschaftliches Kampfbuch für Betriebsräte. 2. Rätelehrbücher. Buchverlag Rätebund, Berlin.

und erhöhten Wohlstands in die Welt zu kommen, sondern als ein strenger Sparmeister und Rechner, der noch dazu seine Rechnung nicht ohne den kapitalistischen Welt machen kann, von dem er abhängig geblieben ist, solange der Imperialismus der Siegerstaaten noch ungebrochen besteht.

Wer diese Tragik des Sozialismus einmal verstanden hat, der wird aufhören, von einem Verfall des Sozialismus zu reden und die Arbeit des Sozialismus zu verläutern oder auch nur zu verkleinern, mit der er den Kampf für den Aufbau seiner neuen Gesellschaft trotzdem auf dieser fast alles Baumaterials beraubten Trümmerstätte begonnen hat. Er wird vielmehr erkennen, daß es nur die Straußwollen des Zusammenstürzes der alten Welt sind, die eine Stellung die Strahlen der Sonne des Sozialismus abblenden. Sicherlich ist es bitter für uns Menschen von heute, in diesem Staube uns nicht und Luft von oben zu sehen. Aber der Sozialismus ist nicht die Angelegenheit bloß einer Generation.

### Ein beachtenswertes Gewerbegerichts-urteil.

Das Gewerbegericht zu Hameln a. d. Weser fällt ein Urteil, welches für die praktische Durchführung des B.R.G. von Bedeutung ist. Zur Information soll kurz der Sachverhalt wiedergegeben werden, welcher zur Klageerhebung führte.

Die Textilfirmen von Hameln hatten sich bereit erklärt, den Betriebsratsmitgliedern, welche an den Lohnverhandlungen, die im Sommer geführt wurden, die ausfallenden Arbeitsstunden und die anfallenden Spesen zu ersetzen. Blödsinnig erdachte man, daß diese Maßnahme zumeist gelte, daß die Organisation der Arbeiter dafür haften sei und lehnte die Bezahlung ab. Dagegen haben wir dann Klage bei dem Gewerbegericht erhoben und erzielten, daß die Firmen kostenpflichtig verurteilt wurden.

Die beklagten Firmen verteidigten durch ihren Vertreter Dr. R. nachzuweisen, daß für diese Streitfälle nicht das Gewerbegericht, sondern auf Grund des B.R.G. die Gewerbeinspektion zuständig sei. Inwiefern wurde dieser Auffassung widersprochen, das Gericht hat derselben bei und hat entschieden, wie aus dem Urteil hervorgeht.

Das Gewerbegericht hat für Recht erkannt:

1. Die Einrede der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts Hameln wird zurückgewiesen.
2. Die Beklagte wird verurteilt, dem Kläger 71 Mk. zu bezahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Dieses Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

B. R. W.

#### Tatbestand.

Der Kläger ist der Vorsitzende des Betriebsrats der beklagten Firma. Am 28. September 1920 haben in Hannover Verhandlungen über Tarifregelungen zwischen dem Arbeitgeberverband für Textilindustrie Bezirk Hannover-Nord und dem Textilarbeiterverband stattgefunden und der Kläger hat, nachdem er von der Arbeiterkammer der Firma in der Betriebsversammlung dazu gewählt war, an diesen Verhandlungen teilgenommen.

Weiter hat der Kläger am 15. Oktober 1920 auf die Aufforderung der Schlichtungsstelle der Textilindustrie Hannover-Nord in der Streitfrage der Arbeiterkammer der beklagten Textilfirma gegen ihre Firmen wegen Lohnhöherungen an der mündlichen Verhandlung in Hannover teilgenommen.

Die Beklagte hat dem Kläger den Arbeitslohn für diese beiden Tage gezahlt, weigert sich aber, die Aufwendungsentschädigung zu erstatten. Als solche Entschädigung beansprucht der Kläger für den ersten Tag 28,50 Mk. und für den zweiten Tag 42,50 Mk., da dieser Tag längere Zeit und demzufolge größere Aufwendungen erforderte. Kläger beantragt:

die Beklagte kostenpflichtig durch vorläufig vollstreckbares Urteil zur Zahlung von 71 Mk. zu verurteilen.

Die Beklagte beantragt:

kostenpflichtige Abweisung der Klage.

Sie hat zunächst die Einrede der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts vorgebracht. Nach § 93, Ziffer 4 des B.R.G. entscheide bei Streitigkeiten über die Normenmäßigkeit von Gehaltsrückstellungen der Betriebsrat, der Betriebskassendirektor. Bis zur Bildung des letzteren würden dessen Funktionen von den Gewerbeinspektionen ausgeübt und sei daher über diese Streitigkeit die Gewerbeinspektion Hannover zuständig.

Zur Sache selbst gibt die Beklagte die Höhe der Lagerischen Forderung an sich zu, bestritt aber die Erstattungspflicht. Die Tätigkeit der Betriebsräte sei in § 66 des B.R.G. eng umgrenzt und erstrecke sich nur auf den Betrieb, in dem sie beschäftigt seien. Neben zu Versammlungen nach auswärts gingen aber über diesen Rahmen hinaus, und speziell die beiden Reisen nach Hannover beträfen die ganze Organisation der Textilbranche, die Aufwendungen seien daher nicht nötig gewesen.

Der Kläger entgegnet zu der Frage der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts, daß ein Bezirksarbeitsrat noch nicht gebildet, auch darüber noch nichts bestimmt sei, daß bis dahin die Gewerbeinspektion mit den Aufträgen betraut wären.

Zur Sache selbst nimmt der Kläger Bezug auf § 66, Ziffer 4 und 6 B.R.G. Hiermit sei es wohl zweifellos, daß, wenn die Betriebsräte ihren Obliegenheiten ordnungsmäßig gerecht werden wollten, sie auch an solchen Verhandlungen und Beschlußfassungen teilnehmen müßten. Nach § 86 des B.R.G. hätte der Arbeitgeber die notwendigen Kosten einschließlich etwaiger Aufwendungsentschädigungen zu bezahlen.

#### Entscheidungsgründe.

Die Einrede der Unzuständigkeit des Gewerbegerichts war abzulehnen. Es steht fest, daß ein Bezirksarbeitsrat auf Grund des B.R.G. noch nicht gebildet ist und auch dem Gewerbegericht ist bisher darüber nichts bekanntgeworden, daß bis zur Bildung des Bezirksarbeitsrates dessen Funktionen von den Gewerbeinspektionen ausgeübt würden. Die Beklagte hat auch einen Nachweis hierüber nicht gebracht. Der Anspruch des Klägers ist daher als eine gewerbliche Streitigkeit von dem Gewerbegericht zu entscheiden.

Zur Sache selbst ist das Gewerbegericht von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Der Betriebsrat hat die Aufgaben zu erfüllen, die in § 66 des B.R.G. näher festgelegt sind. An diesen vielfältigen Verpflichtungen ordnungsmäßig nachzukommen zu können, erscheint es nötig, daß wenigstens ein Mitglied des Betriebsrates an Verhandlungen teilnimmt, die die Textilindustrie und Streitigkeiten in derselben betreffen.

Wenn in solchen Verhandlungen die Interessen eines größeren Bezirkes wahrgenommen werden, so werden auch gleichzeitig die Interessen für den eigenen Einzelbetrieb, vor allem das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefördert, was nicht geschehen kann, wenn die Arbeitnehmer von solchen Verhandlungen keine Kenntnis erhalten. Die beiden Reisen nach Hannover sind deshalb für nötig gehalten.

Nach § 86 des B.R.G. sind die durch die Geschäftsführung der Betriebsräte entstehenden notwendigen Kosten einschließlich etwaiger Aufwendungsentschädigungen vom Arbeitgeber zu tragen, sofern nicht durch Tarifvertrag hierüber andere Bestimmungen bestehen, ist von der Beklagten nicht behauptet; letztere hat auch die Höhe der Lagerischen Forderungen an sich anerkannt.

Es war daher wie gesehen zu erkennen.

Die Kostenentscheidung gründet sich auf § 91 B.R.G.

Der Vorsitzende.

geg. Schriftführer.

Angesetzt: Reisinger, Gerichtsschreiber.

Karl Schüller, Hannover.

## Der Außerordentliche Internationale Gewerkschaftskongreß.

III.

Dumoulin - Frankreich erstatet den Bericht der Kommission für die

Zurückweisung der Moskauer Angriffe.

Der soeben gefasste einstimmige Beschluß zur unmittelbaren Aufnahme des Kampfes um die Sozialisierung bewerte, wie wichtig und falsch die Beschimpfungen der Amsterdamer Internationale durch die Russen seien. Man sei in der Kommission einstimmig in der Verurteilung der russischen Kampfweise und Beschimpfungen gewesen. Aber beim Uebergehen zur konkreten Stellungnahme seien die Italiener und Norweger nicht mehr mitgegangen. Die russische Regierung pflege in ihrem Verkehr mit bürgerlichen Regierungen einen viel ruhigeren, höflicheren Ton zu finden.

Die Gewerkschaftsinternationale unterscheidet sich sehr wesentlich von der 3. Internationale, weil sie die Freiheit auf ihr Banner geschrieben habe und nicht gewillt sei, sich irgendeiner Regierung, selbst wenn sie sozialistisch sei, zu unterwerfen.

D'Aragona - Italien verteidigt die Haltung der Italiener. Auch sie können die von den Russen beliebten Methoden der Polemik nicht gutheißen. Sie stimmen nur deswegen nicht für die Reolition, weil sie sich nicht mit der Haltung einiger Führer der gewerkschaftlichen Landeszentralen identifizieren wollen. Sie stimmen andererseits aber auch nicht dagegen, um nicht den erhobenen Beschuldigungen beizutreten.

Crillon - Belgien ist von der Erklärung der Italiener nicht befriedigt und teilt mit, daß nach der Kommissionsitzung bekannt geworden sei, daß D'Aragona in Moskau sich schriftlich verpflichtet habe, auf diesem Kongreß für die Orientierung des I.G.B. zum Bolschewismus zu wirken. Auf der anderen Seite jedoch habe er zugabegibt, daß die Gewerkschaftsbewegung Rußlands zerrütelt sei.

Bourderon - Frankreich wirft den Italienern vor, daß sie vor fünf Jahren nicht so grundsätzlich gewesen seien: im Gegensatz zu der französischen Delegation hätten die italienischen Vertreter auf der Zimmerwalder Konferenz eine sehr unklare Haltung eingenommen.

D'Aragona verteidigt sich gegen diese Vorwürfe damit, daß er selbst damals nicht in Zimmerwald war und die Italiener infolge Papstverweigerung nur durch Morgari vertreten waren.

Im übrigen hätten die Italiener dem Kongreß einen Bericht vorgelegt, in dem sie ihre Stellung präzisieren. Darin werde auch mitgeteilt, daß sie in Moskau drei Verpflichtungen übernommen hätten:

1. Beantwortung der Vorwürfe, die linksstehenden Elemente aus den Gewerkschaften auszuheben,
2. Bestreben zu sein, um die Opportunisten aus den Gewerkschaftsleitungen zu verdrängen, die mit der Bourgeoisie solidarisch sind,
3. Bildung kommunistischer Fraktionen zur energischen Vertretung der proletarischen Interessen.

Im übrigen seien die italienischen Gewerkschaftsvertreter keine Bolschewisten und die italienischen Gewerkschaften der Dritten Internationale nicht angeschlossen.

Eine weitere Verpflichtung, die ihnen in Moskau auferlegt werden sollte, ein internationales Komitee zu bilden zur Umgestaltung der Gewerkschaftsbewegung und ihrer Annäherung an die 3. Internationale sei von ihnen nicht eingegangen worden. Auch sie lehnen es entschieden ab, die Beherrschung der gewerkschaftlichen durch die politische Organisation zuzulassen.

Nach kurzer Debatte, in der die norwegische Delegation erklärte, daß ihre Ablehnung der Resolution keine Zustimmung der erfolgten Angriffe bedeute, sondern nur aus der Verwirrung heraus geschehe, daß durch die Resolution die Russen zu neuen Angriffen schreiten könnten, wird die

#### Resolution

mit allen Stimmen gegen die der Norweger und ihrer Stimmenthaltung der Italiener angenommen. Sie weist in ihrem ersten Teil die in dem jüngsten Manifest erhobenen Vorwürfen entschieden zurück und erklärt, daß sich der I.G.B. weder spalten noch vermicthen lasse. Er sichere den angeschlossenen Zentralverbänden volle Bewegungsfreiheit zu und fordere sie auf, alle Aufforderungen auferstehender Körperschaften, ihre Sonderbestrebungen in der Gewerkschaftsinternationale zu unterstützen, zurückzuweisen.

Trotz der Verleumdungen richtet der Kongreß seinen Appell an das Proletariat Rußlands, wie aller anderen Länder und erklärt seine volle Sympathie mit ihren Leiden und revolutionären Bestrebungen. Er fordert sie auf, durch Beitritt zum I.G.B. die Kampfkraft des internationalen Proletariats zu stärken.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des 6. Verhandlungstages weist der Sekretär der neugegründeten Internationale der Angestellten, Schmidt - Holland, darauf hin, daß der gestern gefasste Beschluß zur Sozialisierung nur gemeinsam mit den Kopfarbeitern durchzuführen sei. Er ersucht den I.G.B., bei allen weiteren Vorarbeiten das Internationale Angestelltensekretariat zuzuziehen.

Zu dem tags zuvor gefassten Beschluß, der die Moskauer Angriffe zurückweist, wurde heute noch folgender Zusatzantrag gegen die Stimmen der Norweger angenommen:

Dieser Kongreß erklärt, daß das Regieren eines Landes und die Leitung der Arbeiterinternationale zwei grundverschiedene und unvereinbare Dinge sind, und daß es nicht statthaft ist, daß die Häupter einer Regierung, selbst einer kommunistischen, gleichzeitig die Führer der Arbeiterinternationale sind.

Hierauf erstatet Jouhaux - Frankreich den Bericht der Delegation des I.G.B. in das Ruhrgebiet.

Als vom drohenden Einmarsch der Ententeuppen in das Ruhrgebiet wiederum die Rede war, entbande das Bureau des I.G.B. eine Delegation nach Deutschland, die zunächst mit den Gewerkschaftsorganisationen in enge Fühlung trat, dann aber, um ein durchaus objektives Bild zu geben, mit den Behörden und Unternehmensvertretungen. Aus den Berichten, Diskussionen, Tatsachen und auch aus dem, was sie mit eigenen Augen sahen, haben die Mitglieder der Kommission festgestellt, daß die Lage dort außerordentlich schlimm, eine Ueberbeobachtung vorhanden, das Leben außerordentlich teuer, die Nahrungsmittelzufuhr durchaus ungenügend sei. Und auf Grund dieser Tatsachen erklärten sie, daß alle interessierten Meldungen der Ententepresse, die das Mißtrauen zwischen den beiden Mächten schürt, vollständig falsch und erfunden sind. Die Bergarbeiter seien mit allen Kräften bestrebt, ihrerseits den eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen und haben sie auch gehalten, weniger in dessen felen die Behörden ihrerseits der Verpflichtung nachgekommen, wonach sie verbesserte Ernährung für die erhöhte Leistungsanforderung zugesagt hatten. Darum müßte alles geschehen, um die Lügen zu zerstören, auf die sich die Militaristen zur Begründung des Einmarsches stützen könnten.

Nicht dürfe mehr das Schwert regieren, sondern die Beziehungen der Völker zueinander müßten engere und bessere werden, die Worttheorie auf immer begraben sein. Die französische Arbeiterkammer sei entschlossen, alles aufzubieten, um diesen Militarismus zu bekämpfen, wenn sie wisse, daß sie von den deutschen Arbeitern in deren Land unterstützt werde.

Wörtlich fuhr er dann fort: „Weil wir wissen, daß wir französischen Arbeiter niemals unter der Drohung der Maschinengewalt arbeiten würden, können wir es auch nicht von den deutschen Arbeitern verlangen. In diesem Falle ist es die Pflicht der deutschen

Arbeiter, die Arbeit zu verweigern, und die französische Arbeiterkammer würde in solchem Falle das Recht zur Unterstützung ihrer deutschen Brüder tun. Wir sind uns bewußt, daß es sich hierbei nicht um einen akademischen Beschluß handelt, sondern um einen solchen von weittragender Bedeutung, der morgen vielleicht schon, wenn es notwendig wird, in die Wirklichkeit umgesetzt werden muß. Die Arbeiter seien sich ihrer Verantwortung voll bewußt; wenn die Menschheit fernhin leben wolle, müsse sie arbeiten können, aber nicht unter dem Druck der Gewalt, sondern in voller Freiheit!

Legien - Deutschland dankt im Namen der deutschen Delegation der Kommission für die Enquete. Er macht darauf aufmerksam, daß die hohe Leistung der Bergarbeiter nur dadurch möglich gewesen, daß diese auf Kosten ihrer Gesundheit wöchentlich zwei Ueberhörsichten befrähen hätten.

Wenn man von der deutschen Arbeiterschaft die Erfüllung des Friedensvertrages verlange, müsse man ihr auch die Möglichkeit geben, diesen Verpflichtungen nachzukommen. Durch die Art und Weise jedoch, wie seitens der Alliierten der Artikel 169 des Friedensvertrages ausgelegt werde (nach diesem Artikel müssen Werkzeuge, die zu Kriegszwecken benutzt werden, ausgeliefert oder zerstört werden), mache man diese Erfüllung unmöglich. Er belegt dies durch das Beispiel der Dieselmotoren, der Drehbänke und Motoren, die einst für Flugzeuge benutzt, heute zur Herstellung von Transporthilfen dienen, der auf den Werften befindlichen 200 Motoren u. a. Die Entente verlangt die Zerstörung all dieser heute der Herstellung von nützlichen Friedensgegenständen dienenden Werkzeuge, und gegen diese böswillige Auslegung des Friedensvertrages, die eine schwere Störung der wirtschaftlichen Tätigkeit ist und weitere Arbeitslosigkeit zur Folge habe, müsse man sich wenden. Ebenso aber auch gegen die physische Schädigung, die man der materiellen dadurch zugefügt; die Auslieferung von 810 000 Milchbüchsen, durch die die Ernährung der Säuglinge aufs schwerste gefährdet werde. Nicht an das Mitleid, sondern an die Vernunft wolle er appellieren. Denn der Verstand müsse sagen: So dürfen die Dinge nicht weitergehen, wenn nicht die europäische Kultur zugrunde gehen soll.

Thomas - England erwidert Legien, daß seine Worte in erster Linie an die Franzosen zu richten seien, deren Regierung imperialistische Ziele rücksichtslos weiter verfolge.

In England glaube man nicht, daß ein Friede, der dem Haß entspringt, von Dauer sein könne. Ebenso wenig aber könne eine gekünstelte Auslegung des Friedensvertrages dem Frieden dienen. Wohl fordern sie die Vernichtung von Kriegsmaterial, aber gegen die Fortführung von nützlichen Werken müsse man sich wenden. Die deutschen Arbeiter müßten für Aufklärung der ausländischen Arbeiter, aber auch dafür sorgen, daß ein Wiederaufleben des Militarismus unmöglich sei.

Hierauf wurde die im Sinne des Referates von Jouhaux gefasste Resolution einstimmig angenommen.

Nach kurzen Schlussworten des Vorsitzenden und des Genossen Jimmen ging der Außerordentliche Kongreß unter dem Gesang der Internationale, besetzt vom besten Geist gestärkter Kameradschaft, auseinander.

## Der christliche Textilarbeiterverband als „stärkste“ Organisation im Textilberuf innerhalb der badischen Arbeitsgemeinschaft.

Wer es nicht glaubt, möge folgendes Schriftstück, welches der christliche Gewerkschaftssekretär Engelmann an eine Arbeiterin der Firma Ringado Nach, anlässlich einer „Agitationstour“ in Mannheim sandte, lesen:

„Bezugnehmend auf unsere mündliche Besprechung in Ihrem Betrieb, möchte ich Sie kurz anfragen, ob die Angaben des Kollegen Reitermann stimmen. Er schreibt mir, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht gewillt sind, der christlichen Textilorganisation beizutreten. Wenn diese Angaben auf Wahrheit beruhen, so nehme ich bestimmt an, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen einzig an dem Wort „christlich“ Anstoß nehmen und daß sie sich nur wegen dessen zu einer anderen Politik, als sie bisher vielleicht gehuldet haben, bestimmen müßten. Ich möchte dem nur gegenüberstellen, daß wir politisch neutral sind. Wir haben schließlich aber auch kein Interesse, Mitglieder zu erwerben, die eine ganz abweichende oder gar keine Weltanschauung haben. Wir sind in der badischen Arbeitsgemeinschaft die stärkste Organisation im Textilberuf und lassen uns wegen einiger nicht von unseren Prinzipien abhalten, die uns schon jahrelang, zum Wohle der Arbeiter auf die richtigen Bahnen führen.“

Falls Sie anderer Meinung sind oder Kollege Reitermann nicht die genügende Energie besitzt, unsere Anschauungen zu vertreten, so geben Sie mir bitte umgehend Bescheid. Da ich in nächster Zeit wieder nach Mannheim komme, so würde ich Ihnen dann nähere Anleitung zur Gründung einer Zählstelle oder Ortsgruppe geben. Sollte die dargebotene Hand abgelehnt werden, so werden wir bei den Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft eben Ihre Wünsche nicht vertreten können, und Sie haben ja letzten Endes den daraus Ihnen erwachsenden Nutzen und Schaden selbst zu tragen.“

Wir ersehen aus diesem Schreiben mit Erstaunen, welche ein Nieserverband der christliche Textilarbeiterverband ist, noch mehr frappiert uns aber die Behauptung, daß er politisch neutral sei, und das besonders nach Essen, wo doch Siegerwald die Gründung einer neuen politischen Arbeiterpartei vorschlug. Wäre aber der christliche Verband politisch neutral, so würde er seine Zeit nicht begriffen haben. Und das müßte gerade für die Textilarbeiter Grund sein, ihm fern zu bleiben. Was sein Vorzug sein soll, müßte für die Mitglieder von Nachteil sein.

## Aus den Gewerkschaften.

### Das Jahrbuch des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands über das Jahr 1919.

Der Bergarbeiterverband hat vor kurzem ein Jahrbuch herausgegeben, das auf 447 Seiten von einer Fülle gewerkschaftlicher Arbeit zeugt. An der Spitze des Buches steht der Bericht des Vorstandes, der eine allgemeine Uebersicht über die Ereignisse gibt, welche den Bergbau berührten während des Jahres 1919. Es wird darin auf die ungeheuren Kosten aufmerksam gemacht, die Deutschland brüden, und darauf hingewiesen, was die Bergarbeiterkammer alles zu tun gewillt ist, um ihrem Vaterlande zu helfen. Die Gesamterzeugung an Steinkohlen, Koks, Braunkohlen und Braunkohlenbriketts hat nach dem im Bericht gegebenen Zahlen in Deutschland, einschließlich Saargebiet und Elbafloßthringen, betragen (in Tonnen):

	Steinkohlen	Koks	Braunkohlen	Braunkohlenbriketts
1918	191 511 000	82 167 000	87 116 000	21 418 000
1914	161 635 000	27 324 000	83 947 000	21 448 000
1915	148 712 000	26 359 000	83 369 000	23 850 000
1916	158 847 000	33 023 000	94 881 000	24 061 000
1917	167 811 000	33 639 000	95 558 000	22 048 000
1918	160 908 000	33 411 000	100 688 000	28 112 000
1919	118 786 000	21 989 000	98 830 000	19 601 000

Die Steinkohlerzeugung im Jahre 1919 war im Vergleich zum Jahre 1918 um 72 725 000 Tonnen = 38,0 v. H. geringer, die Kokszeugung um 10 178 000 Tonnen = 38,6 v. H., die Braun-

Kohlenbriketterzeugung um 1 817 000 Tonnen = 34 v. H. Dagegen ist die Braunkohlerzeugung um 6 714 000 Tonnen = 7,7 v. H. gestiegen.

Sieben Seiten des Jahrbuches sind der Arbeiterleistung und -entlohnung gewidmet. Ein Kapitel schildert die Organisation der Werksbelegschaft.

Es wird ferner in dem Jahrbuch der Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung, was die Bergarbeiter anbelangt, besprochen.

Ueber die Entwicklung des Verbandes wird berichtet, daß die Mitgliederzahl im vierten Quartal 1918 326 747 betrug.

Für die Betriebsräte.

Was der Betriebsrat nicht tun soll.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 50 eine Notiz aus Ronsdorf, das Verhalten des Betriebsrats der dortigen Firma P. Küpper betreffend.

Soziale Rundschau.

Erhöhung der Rente aus der Invalidenversicherung.

Der Reichstag nahm in letzter Stunde vor seinen Weihnachtssferien einen von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten und von den übrigen Parteien — mit Ausnahme der beiden unabhängigen Fraktionen! — unterstützten Antrag an.

Lohnklage abgewiesen.

Vor dem Gewerbegericht Spremberg N.-L. Klage eine Arbeiterin gegen die Firma A. Sinapius auf Zahlung von 118 Mk., die ihr zu Unrecht abgezogen worden waren.

Das Existenzminimum des Berliner Studenten.

Nach Dr. M. Kuczynski, Direktor des Statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, brauchte der Berliner Student vor dem Kriege für Ernährung wöchentlich:

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 7 Mittagessen zu 50 Pf., 3000 Gramm Brot, 3000 Kartoffeln, 250 Schmalz, 250 Speck, 250 Käse, 250 Zucker, Malzstee, Salz.

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 7 Mittagessen (Studentenpeisung o. ä.), 1800 Gramm Brot (Nation), 1900 Brot (außerhalb der Nation), 3000 Kartoffeln, 375 Corned beef, 500 Margarine, 175 Zucker, Kaffee-Grab, Salz.

Das ergibt für Ernährung jährlich vor dem Kriege 306 Mk., gegenwärtig 3014 Mk. (Dabei ist zu beachten, daß der Student vor dem Kriege seine Verpflegung viel mannigfaltiger gestalten konnte als hier angegeben, ohne deshalb mehr ausgeben zu müssen, und

daß er in der Auswahl seines Mittagstisches frei war und keine Wohlfahrts-Einrichtung in Anspruch zu nehmen brauchte).

Man wird weiter jährlich einzusehen haben: Für Wohnung (ein möbliertes Zimmer mit Bedienung und Frühstücksgetränk) vor dem Kriege 240 Mk., jetzt 1200 Mk., für Heizung und Beleuchtung vor dem Kriege 40 Mk., jetzt 540 Mk.

Rechnet man dann als Jahresbedarf für Bekleidung 1/3 Anzug, 1/3 Mantel, 1 Hut, 3 Hemden, 2 Unterhosen, 4 Paar Strümpfe, 3 Kragen, 3 Krawatten, 1 Paar Hosenstrümpfe, 6 Taschentücher, 1 Paar Stiefel — alles in dauerhafter Ware oder entsprechend mehr in schlechter Ware —, so ergeben sich für die Vorkriegszeit 101 Mk., für die Gegenwart 1679 Mk.

Für Univerſität, Bücher und Schreibzeug sind jährlich anzusetzen: vor dem Kriege 200 Mk., jetzt 520 Mk., für sonstige Bedürfnisse (Wäschereinigung, Wasch- und Rasierzeug, Seife, Streichhölzer, Verkehrsmittel, Porto): vor dem Kriege 52 Mk., jetzt 435 Mk.

Als jährliches Existenzminimum ergibt sich somit für den Berliner Studenten:

Table with 3 columns: Category, vor dem Kriege, jetzt. Includes Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Ausbildung, Sonstiges, and a total sum of 963 Mk. vs 7673 Mk.

Das jährliche Existenzminimum des Berliner Studenten ist also seit der Vorkriegszeit von etwa 960 Mk. auf annähernd 7700 Mark, d. h. auf das 8fache gestiegen.

Berichte aus Fachkreisen.

Barmen. Unser Mitglied, der Wandwirker Kollege Hermann Großmader, kann am 14. Januar auf eine 25jährige Verbandsgeschichte zurückblicken.

Chemnitz. In einer am 17. Dezember abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung beschloß man, ab 1. Januar 1921 die Lokalzuschläge für sämtliche Mitglieder der Verwaltungsstelle Chemnitz von 30 Pf. auf 50 Pf. zu erhöhen.

Hamburg. Die Vertrauensleute des Textilarbeiterverbandes und die Betriebsräte der Textilbetriebe hielten am Donnerstag, den 16. Dezember, im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab.

Kirchberg. Die Textilarbeiterschaft der Tuchindustrie hatte Anfang November auf den bis Ende Januar laufenden Tarifvertrag eine Teuerungszulage von 30 Proz. gefordert.

Nengersdorf. Eine Versammlung tagte hier am 13. Dezember. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kündigung des Tarifvertrages zum 1. Januar durch unseren Verband.

Lambrecht. Die letzte Mitgliederversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Ablauf des letzten Lohn tariffs. Man kam einstimmig zu der Auffassung, daß dieser Tarif gefundigt und sofortige Verhandlungen beantragt werden müßten.

Schweidnitz. Am 11. Dezember tagte unsere Monatsversammlung, in welcher Kollege Barschdorf ein Referat hielt über „Die Gewerkschaften vor und nach dem Kriege“.

Literatur.

Die Verfassung des Freistaates Preußen vom 30. November 1920. Textausgabe mit Register, eingeleitet und erläutert. Von Paul Hirsch. Preis 2,50 Mk. Verlag Vorwärts, Berlin.

Die hausindustrielle Weberei Deutschlands. Entwicklung, Lage, Zukunft. Von Dr. Haus Michl. Verlag Gustav Fischer, Jena. Preis: geheftet 20 Mk.

Die hausindustrielle Weberei Deutschlands. Entwicklung, Lage, Zukunft. Von Dr. Haus Michl. Verlag Gustav Fischer, Jena. Preis: geheftet 20 Mk. Durch eigenartige Anordnung des Stoffes wird das circa 150 Seiten starke Werkchen zu einer anschaulichen Entwicklungsgeschichte der Hausweberei, die in ihren nun vor-

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 2. Januar, ist der 53. Wochenbeitrag fällig. Arbeitslosen-Zählung. Stichtag für diesen Monat ist Freitag, 31. Dezember. In diesem Tage ist die gelbe Zählkarte auszufüllen und sofort an die Zentrale (mit 30 Pf. frankiert) einzusenden.

Ortsverwaltungen. Abhanden gekommene Mitgliedsbücher und -karten. Augsburg. Buch Nummer 902 059 für Babette Bahmann, Zwirnerin.

Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Gebhardsdorf. Theresia Geisler, Dreiberin, 66 J., Nierenleiden.

Abtreffensänderungen. Gau Cassel. Erfurt. (Neu.) V: Frau Louise Schenk, Karthäuserstr. 5. K: Karl Hoffmann, Lange Brücke 55.

Advertisement for the year-end exchange of the journal. Text: 'Unsere Verbandsmitglieder und Lesern unseres Blattes anbieten wir zum Jahreswechsel die herzlichsten Glückwünsche. Vorstand und Redaktion.' Includes contact information for the editorial office.